

Widerstand International



Gegen die Diktatur der Konzerne - für eine sozialistische Demokratie

Eindrucksvoll zeigen die Menschen überall auf der Welt, was sie von der Politik für Banken und Konzerne halten. Am 15. Oktober gab es 1500 Aktionen in 82 Ländern. In Griechenland, das unter der Knute von IWF, EZB und EU steht, gab es diese Woche den größten Generalstreik seit dem Sturz der Militärdiktatur. Der Rettungsschirm über dessen genaue Verwendung an diesem Wochenende diskutiert wird, ist ein Rettungsschirm um die Gewinne der Banken zu schützen.

Die Politiker versuchen sich aus der Verantwortung zu stehlen, in dem sie diese auf die Märkte abschieben und von „gierigen“ Kapitalisten sprechen. NRW-Finanzminister Walter-Borjans sprach von „entfesselten Finanzmärkten“, die wieder reguliert werden müssten. Es gibt aber keine wirkliche Trennung zwischen dem Finanzmarkt, Ratingagenturen und den Konzernen. Es gibt eine Diktatur der Kapitalbesitzer. Diese investieren nur dort, wo sie Profite machen können. Mehr Profitaussichten gab es für Unternehmer und Vermögende in den letzten Jahren auf den Finanzmärkten und nicht in der Produktion. Während mit Millionen und Abermillionen auf schnelle Profite spekuliert werden, wird uns erzählt, es sei nicht genug Geld da, um alle Menschen ausreichend zu ernähren, Bildung zu finanzieren und die Umwelt zu retten.

Die Banken sind über Kreditvergabe und Aktien mit den Unternehmen verbunden. Unternehmen schaffen sich wiederum ihre eigenen Finanztochterunternehmen. Politische Entscheidungen werden in Bank- und Konzernetagen vordiskutiert und

über viele Wege auf die Politik Einfluss genommen. Josef Ackermann sitzt beim EU-Gipfel an diesem Wochenende mit am Tisch. Deshalb werden die etablierten Parteien und die Bundesregierung auch nicht gegen die Banken- und Konzernmacht vorgehen.

Die Euro-Krise heißt Kapitalismus

Merkel & Co haben keine Lösung aus der Euro-Krise und können keine haben. Die Euro-Krise heißt Kapitalismus. Sie ist das Produkt der Krisenhaftigkeit des Systems. Auf gesunkene kaufkräftige Nachfrage wurde in vielen Ländern mit massiver Verschuldung reagiert. Als die Schulden nicht mehr bedient werden konnten, führte das zur Bankenkrise. Als die Gewinne der Banken gerettet, das heißt Milliarden aus staatlichen Geldern in sie gesteckt wurden, führte das zur Staatsschuldenkrise. Der Euro, der den deutschen Kapitalisten Milliarden Profite beschert hatte, begann zu taumeln. Nicht ein „entfesselter Finanzmarkt“ sondern der Kapitalismus ist die Ursache des Problems.

Unsere Bewegung muss dieser Politik eine wirkliche Lösung entgegen setzen. Die SAV kämpft für folgende Forderungen:

- ▶ Für eine massive Besteuerung der Reichen, ihrer Vermögen und ihrer Profite!
- ▶ Keine Sozialkürzungen, keine Schuldentilgungen an die Banken, statt dessen:
- ▶ Verstaatlichung der Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung

- ▶ Massive öffentliche Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen
- ▶ Überführung der Großkonzerne in Gemeineigentum, demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung
- ▶ Schluss mit kapitalistischer Profitwirtschaft – für sozialistische Demokratie!



Sozialismus ist für uns nicht die Diktatur einer Bürokratie, wie in der DDR, die an mangelnder Demokratie zu Grund gegangen ist, sondern eine Gesellschaft, in der die größten Konzerne in Gemeineigentum überführt sind und Menschen auf allen Ebenen demokratisch über die Produktion und den Einsatz der Ressourcen entscheiden können. Statt zur Profitmaximierung würde mit dem Ziel der Befriedigung von Bedürfnissen gewirtschaftet. Niemand hätte Privilegien aufgrund einer Position und alle Verantwortlichen wären jederzeit wähl- und abwählbar.





Bewegung aufbauen

Die Demonstrationen am 15. Oktober in über 50 Städten in Deutschlands waren ein großartiger Anfang einer Bewegung, der sich bereits eine Woche später fortsetzt. Die Versuche die Bewegung zu vereinnahmen und gleichzeitig mit der Polizei gegen Zeltstädte vor dem Bundestag vorzugehen, zeigt, dass die Herrschenden uns fürchten. Deshalb sollten wir schnell nachlegen und auf nächste Protesttermine hinarbeiten.

Der bundesweite Bildungsstreik am 17. November sollte Geld für Bildung statt für Banken fordern und sich mit den Protesten solidarisch erklären. In Lissabon hat die Demonstration vom 15. Oktober mit 100.000 Menschen die Gewerkschaftsverbände gezwungen zu einem Generalstreik in ganz

Portugal am 24. November aufzuzufahren. Darum herum könnte ein neuer internationaler Protesttag entstehen. Im Bundestag finden zeitgleich die letzten Beratungen des Bundeshaushaltes statt, bei dem Milliarden für Rettungspakete eingeplant werden.



In den USA schicken Gewerkschaftsgliederungen Delegationen zu den Versammlungen und Protesten. Auch hier sollten wir uns zum Ziel setzen, die Gewerkschaftsführungen dazu zu bringen, zu den Protesten aufzurufen und zu mobilisieren. Im DGB sind 6,2 Millionen Beschäftigte organisiert. Andersherum sollte die Bewegung auch stattfindende Streiks wie bei der CFM und Alpenland in Berlin unterstützen und aufgreifen.

Organisieren

Die sozialen Medien sind in den Händen von tausenden und abertausenden eine mächtige Waffe. Aber das Internet kann nicht ersetzen, sich zu organisieren und gemeinsam zu kämpfen. Die Banken- und Konzernherren haben viele Parteien und wir brauchen eine, die im Interesse von Beschäftigten, Jugendlichen und Erwerbslosen agiert.

Die Partei DIE LINKE hat im Bundestag als einzige Partei gegen die Rettungsmaßnahmen gestimmt und spricht sich für Vergesellschaftung der Banken aus. Ihre Öffentlichkeit in den Medien haben sie Anfang Oktober benutzt um den Aktionstag bekannt zu machen. Trotzdem schwankt die Partei zwischen inhaltlicher Anbiederung an mögliche Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen und wirklicher Opposition gegen die Politik der Herrschenden. Die Partei ist zu sehr auf die parlamentarische Arbeit fixiert und unterstützt mit ihren Mitteln zu wenig reale Proteste. Das muss sich ändern. DIE LINKE ist der Ansatz eine Massenpartei von Beschäftigten, Jugendlichen und Erwerbslosen aufzubauen. Die SAV ist in der Partei aktiv für eine kämpferische sozialistische LINKE. Informiere dich über uns im Internet und werde mit uns aktiv für eine kämpferische Bewegung und eine sozialistische Demokratie.





Am 15. Oktober gab es über 1500 Aktionen in 82 Ländern. Die Krise ist international und der Widerstand muss es auch sein. Die SAV ist im Komitee für eine Arbeiterinternationale (engl. CWI) organisiert. Unsere Schwesterorganisationen und Mitglieder in über 40 Ländern sind Teil der Proteste in den USA, Israel, Portugal, Griechenland, Spanien ...

Berichte aus anderen Ländern und Informationen findest du unter www.sozialismus.info und socialist-world.net



SAV Sozialistische Alternative

www.sozialismus.info 030 / 247 238 02 info@sav-online.de